



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Beitrag für FÖS-Spezial Nr. 03, Oktober 2010

Flugverkehrsabgabe: Zwei SPD-Landeschefs verfranzosen sich in Oppositionspolitik auf Umweltkosten

Beck und andere umweltblinde Billigflug-Populisten stehen im klaren Widerspruch zu Parteibeschlüssen

Wer liefert die besseren Nachrichten?

Zu den besten Nachrichten der letzten Monate gehörten die schwarz-gelben Vorschläge zur Ökologisierung der Marktwirtschaft. Bei aller berechtigten Kritik am Sparpaket, insbesondere an dessen sozialer Schiefelage, sollten auch Oppositionspolitiker anerkennen, dass die Regierung hier einen mutigen Weg eingeschlagen hat. Die Einführung einer Luftverkehrsabgabe, die Ausdehnung der Lkw-Maut von heute 8000 um weitere 4000 Kilometer, die erstmalige Besteuerung der Kernenergie und der Abbau längst überholter ÖkosteuerAusnahmen sind im Kern vernünftige und überfällige Maßnahmen, die man von einer liberal-konservativen Regierung eher nicht erwartet hätte. Für Geld tun die Leute eben alles, manchmal sogar das Vernünftige. Im Übrigen: **Ein Ja zur Brennelementesteuer bedeutet noch lange kein Ja zum fragwürdigen Nukleardeal!**

Leider sorgten ausgerechnet einige namhafte SPD-Politiker in der seitherigen Debatte um die Luftverkehrsabgabe für besonders schlechte Nachrichten. Zu ihnen gehören der Ex-Parteivorsitzende und Pfalz-Chef Beck und sein Wirtschaftsminister Hering, Brandenburg-Premier Platzeck sowie einige MdBs. Deren wichtigste sind Uwe Beckmeyer und Hans-Joachim Hacker, der eine Sprecher für Verkehrs-, der andere für Tourismuspolitik.

Alle miteinander übertrafen sich in Äußerungen und Lobby-Maßnahmen gegen die geplante Luftverkehrsabgabe. Einige Kostproben: Die nationale Einführung sei „katastrophal falsch“ und bedeute eine „katastrophale Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der deutschen Flughäfen“ (Beck). Platzeck behauptete gar, die Luftverkehrsabgabe verstoße „gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes“. Hacker schlug vor, die Regierung solle „nach dem vernichtenden Urteil zu ihren Luftverkehrssteuerplänen den Referentenentwurf dort ablegen wo er hingehört: in das Archiv der Schlechtleistungen der schwarz-gelben Bundesregierung.“ Hacker wird sich noch wundern. **Wahrscheinlich werden spätere Generationen einmal in der Einführung dieser Abgabe eine der besten Leistungen dieser Regierung sehen!**

GREEN BUDGET GERMANY (GBG) • FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT e.V.

Schwedenstraße 15a · D-13357 Berlin · Fon/Fax +49-30-76 23 991-30/-59 · foes@foes.de · www.foes.de

GLS Gemeinschaftsbank eG Konto 804 371 3000 · BLZ 430 609 67 · IBAN DE87430609678043713000

Gemeinnützig zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke laut Finanzamt München für Körperschaften

Man soll nicht glauben, unsere Billigflugfreunde hätten sich mit ein paar Interviews begnügt. Das arme Rheinland-Pfalz, zuletzt gebeutelt von einigen peinlichen Fehlinvestitionen der Beck-Regierung, hatte doch Geld genug, um flugs ein Gutachten gegen die Flugsteuer zu bestellen, das dieser wunschgemäß Verfassungswidrigkeit bescheinigt. In einem Fachgespräch luden SPD-MdBs alle jene in den Bundestag, die sich schon früher als Lobbyisten eines steuerfreien Flugverkehrs bewährt hatten, so Air Berlin-Chef Hunold oder Verbandschef Teckentrup.¹

Durchschaubare Taktik der scheinradikaleren Alternative

Seit Jahren kämpfen ökologisch orientierte Sozialdemokraten darum, eine Ticket Tax und andere Formen der Besteuerung des bisher nahezu steuerfreien Flugverkehrs in die Parteiprogrammatik einzubringen. Da tut es weh, gleich zwei der noch verbliebenen fünf SPD-Ministerpräsidenten als Lobbyisten der Billigfliegerei zu sehen! Die beiden und ihre Mitflieger befinden sich in offenem Widerspruch zur jüngsten Beschlusslage der Partei:

„Wir wollen ökologisch schädliche Subventionen in den kommenden Jahren um mindestens 5 Milliarden Euro abbauen. So werden wir die Versteuerung des geldwerten Vorteils bei privater Nutzung von dienstlichen PKW umweltgerecht reformieren und den Betriebsausgabenabzug für Firmen-PKW nach Schadstoffausstoß differenzieren. Auch die Begünstigungen weiterer umweltschädlicher Verkehrsmittel wie dem Flugverkehr müssen beendet und diese Verkehrsmittel angemessen besteuert werden. Die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform gehört ebenfalls auf die Tagesordnung.“

Beschlüsse des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD vom 26. September 2010²

Um sich nicht allzu offensichtlich gegen diese Beschlusslage zu stellen, taten die Abgaben-Kritiker scheinheilig so, als ob sie die von Schwarz-Gelb konzipierte Luftverkehrsabgabe nur wegen mangelnder Konsequenz kritisierten. Beck, Beckmeyer und Co. sind nicht für halbe Sachen zu haben. Sie wollen die Paneuropäische Luftverkehrsabgabe und sonst gar nichts! Leider kennen wir derartige scheinradikalere Lösungen noch bestens aus der Zeit, als FDP und Union zur Abwehr einer deutschen Ökosteuerreform das Warten auf die gesamteuropäische Ökosteuer aus dem Hut zogen – im Vertrauen darauf, dass eine solche in Brüssel am Gebot der Einstimmigkeit in Steuerfragen scheitern würde. Wer soll auf solche Taktiken heute noch hereinfallen – etwa grüne Soziszis?

Richtig ist, dass auch die SPD schon Beschlüsse hatte, mit denen auf europäische Lösungen vertröstet wurde. Jedem war klar, dass solche Beschlüsse nur den fehlenden Mut zu einer nationalen Lösung kaschieren sollten. Aber die damalige Ängstlichkeit beruhte auf der verständlichen Furcht, sich populistischen Attacken durch FDP und Union auszusetzen. Wenn aber inzwischen selbst die bürgerlichen Parteien eine Luftverkehrsabgabe fordern, ist der Kampf gegen die nationale Lösung nur noch billiger antiökologischer Populismus.

Wäre es den Abgabekritikern mit ihrem Kampf um eine konsequentere Abgabe ernst – niemand hinderte sie daran, eine bessere Lösung als Gesetzentwurf im Bundestag einzubringen. Aber BILD und Luftfahrtlobbyisten haben die Kritiker völlig richtig verstanden und sich von den vorgeschobenen Radikalalternativen nicht täuschen lassen. Für sie waren die umweltblinden Sozialdemokraten willkommene Bundesgenossen in ihrem Kampf gegen die Flugverkehrsabgabe.

¹ www.foes.de/pdf/2010-10-SPD_Statements.pdf. Liest man übrigens die von uns dokumentierten Aussagen im Kontext, entsteht der Eindruck einer bestens konzierten Aktion. Man wünschte sich, die Umweltfreunde in der SPD wären auch nur annähernd so gut koordiniert!

² Quelle: www.spd.de/linkableblob/4324/data/beschlussbuch_aoBPT_2010 (dort S. 77).

Luftverkehrsabgabe nicht schlecht machen, sondern besser!

Natürlich ist die Luftverkehrsabgabe in der vorgeschlagenen Form nicht sakrosankt gegen auf richtig gemeinte Verbesserungsvorschläge, ganz im Gegenteil. Die fehlende Differenzierung zwischen den Flugklassen hat leider nicht Herr Beck, dafür aber sogar die FDP moniert. Selbstverständlich sollen Passagiere in Business und First Class mehr zahlen als in der Holzklasse. Nicht nur aus sozialen Gründen, sondern vor allem weil in diesen Klassen jeder Sitzplatz einen deutlich höheren Gewichtsanteil beansprucht als ein Economy-Platz.

Schon seit einiger Zeit schlägt unser Forum vor, nicht den verkauften Sitzplatz, sondern das gesamte Flugzeug zu besteuern. Auch ein völlig ohne „Paxe“ fliegendes Flugzeug belastet die Umwelt massiv. Eine Fluggerät-bezogene Abgabe könnte etwa nach Gewicht oder Verbrauch, aber auch nach Geräuschemissionen und anderen Schädigungen differenziert werden und damit den im Flugverkehr 2012 kommenden Emissionshandel sinnvoll verfeinern. So würde auch der besonderen Geräuschbelastung durch Start und Landung viel besser Rechnung getragen.

Man kann die Abgabe auf vielerlei Wegen besser machen. **Nur eines sollte man vermeiden: Sie im Bündnis mit den aggressivsten Klima-Unholden der Flugbranche schlecht zu machen.**

SPD zwischen Baum und Borke

Angesichts zahlreicher Umfragen, die inzwischen schon für Berlin, Baden-Württemberg und Bayern die Perspektive grüner Ministerpräsidenten erahnen lassen, versteht man die Nervosität vieler Sozialdemokraten. **Doch nichts wäre fataler, als wenn die SPD in dieser Bedrängnis all ihre ökologischen Erfolge und Erkenntnisse verdrängen und Wahlkampf auf Kosten der Umwelt machen würde.** Der Kampf für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit gehört ohne Zweifel zum Markenkern der Sozialdemokratie – das ist auch gut so. Aber zukunftsfähig bleibt die Partei nur, wenn sie Wege aufzeigt, die Arbeitsplätze und Gerechtigkeit fördern, ohne der Umwelt zu schaden. **Es gibt kein Menschenrecht auf billige Malle-Flüge. Das Fliegen zum Taxipreis ist und bleibt ein Skandal.**

Je mehr ein Arbeitsplatz auf Umweltzerstörung beruht, umso gefährdeter ist er, mindestens auf mittlere Sicht. Was wäre das für ein armseliger Gerechtigkeitsbegriff, der den Kampf um die Verteilung des BSP-Kuchens in einen Gegensatz bringt mit der langfristigen Sicherung des Wirtschaftens und des Wohlstands unserer Enkel und Urenkel! In der heutigen Zeit kann es keine soziale Gerechtigkeit auf Kosten der ökologischen Gerechtigkeit zwischen den Generationen mehr geben. Wenn die Menschen den Eindruck gewinnen, dass die Grünen es besser verstehen, die gegenwärtige Gerechtigkeit mit einer gerechten Verteilung zwischen Heute und Nachwelt zu versöhnen – welchen Grund soll es dann noch geben, SPD zu wählen?

Seit einiger Zeit ist offensichtlich, dass Union und FDP versuchen, ihr Profil etwas ökologischer und sozialer glänzen zu lassen. **Bewegungen in Richtung öko-sozialer Marktwirtschaft sind in beiden Parteien zu erkennen.** Wenn in einer absurden Gegenbewegung dazu Beck und andere Sozialdemokraten glauben, sich ökologisch noch rechts von FDP und Union positionieren zu müssen, dann führen sie die Partei in ein Abseits, in das ihr nur noch wenige Wähler folgen werden.³ **Es kann nicht im Interesse der SPD liegen, sich vorrangig als eine Art „Bundesbetriebsrat“ und als Anwältin der Globalisierungs- und Ökologisierungverlierer zu positionieren.** So kann man die Zukunft nicht gewinnen.

„Umweltverträglichkeit ohne Sozialverträglichkeit ist menschenverachtend.“

*Christoph Stückelberger,
Theologe in Basel und Direktor von Globethics.net*

„Sozialverträglichkeit ohne Umweltverträglichkeit wäre mehr als kurzfristig.“

Unser Forum

³ Kurios ist auch, wer neuerdings wen einlädt, und wer wen nicht. Beim Fachgespräch der SPD-Verkehrspolitiker waren grüne NGOs nicht willkommen. Dafür holten sich im Haushaltsausschuss die Unions- und FDP-Abgeordneten vom FÖS und anderen grünen NGOs wohlwollende Voten zu ihren Flugverkehrssteuerplänen. Verkehrte Welt?

Parteichef Gabriel hat sich bisher nur halbherzig, nämlich in einer kurzen Parenthese seiner Haushaltsrede („ – die wir nicht kritisieren –“) für die Luftverkehrsabgabe ausgesprochen. Schon das war bitter nötig. Doch er muss hier noch viel deutlicher Stellung beziehen, gern mit konkreten Verbesserungsansätzen, aber bitte nicht mehr mit dem unglaublichen Verweis auf eine Europäische Lösung! London, Paris und Den Haag haben nationale Ticket Taxes genau deshalb eingeführt, weil eine EU-weite Lösung weit und breit nicht in Sicht ist. Den Haag stellte seine nationale Lösung auch deswegen wieder ein, weil es von Deutschland im Stich gelassen wurde. Neben dem beginnenden Wirtschaftsabschwung diente Holland der zunehmende „Ticket-Tax-Tourismus“ zu grenznahen deutschen Flughäfen wie Köln/Bonn oder Düsseldorf als Vorwand für die Wiederabschaffung. Für das viel größere Deutschland kann das aber gerade kein Vorbild sein.

Es wird Zeit, dass Deutschland sich traut, wozu das kleine Holland immerhin zeitweise den Mut hatte. Es wird Zeit, dass Gabriel unmissverständlich klar macht, dass die SPD keine Mehrheiten sucht, die umweltpolitisch jenseits der Regierungskoalition liegen. Wenn Gabriels Bekenntnis zu einer ökologischeren SPD ernst gemeint sind, dann ist das, was Beck, Platzeck und Kollegen unter seiner Nase treiben, ein krasser Affront. Übrigens nicht nur für Gabriel, sondern für alle, die im Kontext der SPD für eine grünere und gerechtere Marktwirtschaft eintreten.



Dr. Anselm Görres ist Unternehmer in München (www.zmm.de) und Mitgründer und Vorsitzender des FÖS.

PS: Weitere schlechte Nachrichten aus dem Bundesrat

Auch im Bundesrat scheinen einige SPD-geführte Länder - darunter Rheinland-Pfalz - zu denjenigen zu gehören, die den Abbau von ÖkosteuerAusnahmen blockieren wollen. Immerhin geht es hier um ein ökologisch, ökonomisch und fiskalisch sinnvolles Paket von rund 1,5 Milliarden Euro (www.foes.de/themen/sparpaket/abbau-von-ökosteuer-ausnahmen). Auch das FÖS hat diese Ausnahmen in der Einführungsphase der Ökosteuer verteidigt, um der Industrie die Anpassung zu erleichtern. Inzwischen haben sich die Ausnahmen aber vollständig überholt.